

**Haushaltsrede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Berthold Matyschok in
der Stadtverordnetenversammlung von Langen am 08.12.2011**

Es gilt das gesprochene Wort

Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

in seiner Einbringungsrede zum Haushalt 2012 am 1.9.2011 sprach der
Bürgermeister von der „Chance zum Umdenken in der Krise“.

Er sagte, dass die Finanzkrise 2008 und deren Auswirkungen sowie die
weiteren Krisen, die wir in Deutschland und Europa bis heute erleben mussten,
hauptverantwortliche Ursachen für die kritische Haushaltsentwicklung Langens
seien. Es störte ihn, dass die Bundeskanzlerin Angela Merkel die Entwicklung
der deutschen Wirtschaft schön rede.

Fakt ist: Die Wirtschaft brummt - noch; die Steuereinnahmen steigen
bundesweit - noch. Leider ist von dieser erfreulichen Entwicklung bisher in
Langen nichts zu spüren. Das Gegenteil ist der Fall: Durch die Anpassung von
Vorauszahlungen im laufenden Jahr bei zwei Firmen sind 9 Mio. Euro an
Einnahmen aus der Gewerbesteuer verloren gegangen. Deshalb musste der
Nachtrag 2011 im Haushaltsansatz auf bescheidene 15 Mio. Euro angepasst
werden. Niemand wird ernsthaft bestreiten, dass der Einbruch des
Gewerbesteueraufkommens in Langen von 38 Mio. Euro im Jahr 2008 auf ca.
15 Mio. Euro im September 2011 und dann im November 2011 auf magere
12,6 Mio. Euro, demnach ein Rückgang um 2/3 in knapp drei Jahren,
dramatisch ist.

In Langen gibt es also ein Problem mit den Gewerbesteuer-Einnahmen, und
dies ganz gegen den allgemeinen Trend. Was, Herr Bürgermeister, hat dies

mit dem Land, dem Bund oder Europa zu tun?

Die Zustimmung zum Haushaltsentwurf 2011 vor einem Jahr war innerhalb der CDU-Fraktion nicht unumstritten. Aber wir haben zugestimmt, weil wir die Erwartung hatten, dass die mit dem Haushaltskonsolidierungskonzept beschlossenen Maßnahmen der Anfang einer radikalen Umkehr in der Haushaltsführung ist. Wir hofften auf zukunftsorientiertes, nachhaltiges Handeln. Der vom Magistrat vorgeschlagenen Anhebung der KITA-Gebühren haben wir zugestimmt, auch wenn die Bürgermeisterfraktion sich gegen diesen Antrag aussprach. Diese Gebührenanpassung haben wir genauso wie Streichungen an anderer Stelle als Teil eines Gesamtpakets mitgetragen, weil uns Langen und seine künftige Entwicklung wichtig waren und sind.

Wie nun sieht es im Haushaltsplan für 2012 aus?

Die Einnahmen sind dramatisch gesunken.

Die Ausgaben können längst nicht mehr gedeckt werden.

Sie, Herr Bürgermeister, werden nicht müde, vor einem Kaputtsparen der Stadt zu warnen. Sie prophezeien ein Desaster für den Fall, dass den sinkenden Einnahmen entsprechend gespart wird. Gleichzeitig fordern Sie alle politischen Kräfte dazu auf, am selben Strick zu ziehen.

Zugegeben, das hört sich gut an, aber in welche Richtung soll gezogen werden? Wo wollen Sie hin? Ein klares Ziel ist nicht erkennbar!

Eigene Ideen und Initiativen zur Beseitigung der desolaten Haushaltslage entwickeln Sie nicht. Sie machen fremde Einflüsse für die Finanzmisere in Langen verantwortlich.

Herr Bürgermeister, damit machen Sie es sich wirklich sehr leicht!

Haushaltskonsolidierung erfordert konsequentes Handeln hier in unserem Rathaus. Dies gilt für die Erhöhung der Einnahmen genauso wie für die

Verringerung der Ausgaben.

Deshalb haben wir 13 Anträge zum Haushalt 2012 gestellt - mit einem Gesamteinsparvolumen von ca. 1,86 Mio. Euro. Besonderes Augenmerk haben wir dabei auf die Ausgaben der Stadt gerichtet – allerdings war das Echo der Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung enttäuschend.

Der Antrag 1 der CDU-Fraktion (hierin ging es um die Fertigstellung der Straßen im BPlan 18) sollte eine aufschiebende Wirkung haben, aber nachdem der Magistrat uns versichert hatte, dass ein Aufschub zu Mehrkosten führen könnte, zogen wir den Antrag zurück. Vielleicht etwas zu schnell! Den Antrag 9 (hierin ging es um Zuschüsse für die Schulkinderbetreuung) nahmen wir zurück, da er sich erledigt hatte.

Kommen wir zu unseren übrigen Anträgen. Die CDU-Fraktion hat vorgeschlagen, die Ausgaben im Jahr 2012 aus eigener Kraft um insgesamt 1,6 Mio. Euro zu reduzieren. Dies sollte nicht durch ein "Kaputtsparen" geschehen, sondern durch ein Begrenzen der Ausgaben auf das Niveau von 2011 zuzüglich eines Inflationszuschlages. Der Verwaltung wurde dabei höchstmögliche Flexibilität zugestanden. Sie konnte innerhalb des gesamten jeweiligen Budgets diejenigen Maßnahmen heraussuchen, bei denen eine Beschränkung auf die Ausgaben von 2011 am wenigsten schmerzhaft sein würde. Denn dies genau ist ja der Sinn der ganzen Budgetierung, nämlich dass die Fachleute im Rathaus weitgehend eigenverantwortlich entscheiden können und auch müssen, für welches konkrete Produkt sie wie viel ausgeben werden.

Bedauerlicherweise ist die Mehrheit aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke unseren Vorschlägen nicht gefolgt.

Gestatten Sie mir bitte einen Einschub:

08.12.2011

Über eine Klarstellung der eben genannten Fraktionen außerhalb der Haushaltsberatungen sind wir sehr erfreut.

Im Rahmen der Diskussion über den Ausbau der städtischen Beteiligung an der **Schulkinderbetreuung** hatten die Fraktionen der SPD und Bündnis90/Die Grünen einen Antrag (DS 91-3) gestellt, in dessen Begründung ein Satz zu lesen war, der viele Eltern aufhorchen ließ.

Wir begrüßen deshalb, dass auf Grund unseres Protestes die SPD-Fraktion sich zu einer Klärung der unpassenden Formulierung „Kinder sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und nicht die private Angelegenheit ihrer Eltern“ entschlossen hat. Die Erklärung, die am 16.11.2011 in der Frankfurter Neuen Presse zu lesen war, lautet: "Für uns sind Kitas – wie Schulen und Universitäten auch – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe." Dem können wir uns anschließen! Die ursprüngliche Formulierung erinnert an Zeiten vor 1989 und widerspricht dem Artikel 6, Abs. 2 des Grundgesetzes, der da lautet: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.“

Zurück zum Haushalt.

Meine Damen und Herren, noch steht es uns als Stadt frei, eigene Prioritäten zu setzen und entsprechende Sparmaßnahmen in Gang zu bringen. Bringen wir die dafür erforderliche politische Kraft nicht auf, so werden uns Vorgaben des Landes demnächst dazu zwingen – ohne viel Federlesens.

Die kommunalen Spitzenverbände haben sich Ende November 2011 mit der hessischen Landesregierung auf einen 3 Milliarden Euro schweren Entschuldungsfonds geeinigt. Dieser soll den Städten, Gemeinden und Kreisen aus der Schuldenfalle helfen. Das Land wird dieses Geld ab 2012 für die Tilgung kommunaler Schulden und für einen Teil der Zinslasten einsetzen. Der Entschuldungsfonds wird allerdings mit strengen Auflagen verbunden sein. Und falls vereinbarte Ziele der Haushaltskonsolidierung nicht erreicht werden, muss das Geld zurückgezahlt werden.

Meine Damen und Herren, es ist für uns in Langen allerhöchste Zeit, nicht nur über das Umdenken zu reden, sondern es tatsächlich zu tun. Diesen Appell richte ich an Sie alle, da ich den Eindruck habe, dass einige aus dieser Runde, wenn sie über Langen schreiben oder reden, an eine andere Stadt denken.

Sie träumen von einer Stadt, um die sich Unternehmen streiten. Alle wollen sich in dieser Stadt niederlassen, weil dort die Kinderbetreuung so gut ausgebaut ist. Der IT-Bereich der Verwaltung sorgt für höchste Produktivität. Finanzielle Sorgen hat diese vorbildliche Kommune nicht, denn unvorhergesehene Kosten sind kein Problem: Ob Frostschäden an Gebäuden oder vergessene Baukosten – alles ist machbar. Eine in die Jahre gekommene Kindertagesstätte wird am besten nicht renoviert, sondern gleich neu gebaut – wir haben es ja!

Jede Andeutung, dass man wegen der drückenden Finanzlage vielleicht seine Ansprüche herunterschrauben und statt aufwändiger Projekte erst einmal kleine Schritte machen könne, werden von der Verwaltung mit apokalyptischen Szenarien gekontert.

Jeglicher Sparansatz soll so rasch im Keim erstickt werden.

Wo soll das denn noch hinführen, dieses fortgesetzte Ignorieren der Realität? Wie weit wollen Sie das Volumen der Kassenkredite zur Finanzierung des laufenden Haushaltes noch ausdehnen?

Ich wiederhole:

Jede Haushaltskonsolidierung braucht entschlossenes Handeln.

Deshalb frage ich Sie, Herr Bürgermeister: Auf was oder auf wen warten Sie, bitteschön?

Unsere Wirtschaftsförderung hätte schon längst dafür sorgen müssen, wie das z. B. bei unserem Nachbarn, der Stadt Neu-Isenburg, seit vielen Jahren

08.12.2011

erfolgreich klappt, dass wir Zuwachs im Gewerbe und damit bei den Einnahmen aus der Gewerbesteuer verzeichnen. Sie vertreten die Meinung, dass Gewerbeansiedlung ein Zauberwort ist, aber eben nicht das Allheilmittel. Sie können doch nicht leugnen, dass die Einnahmen der Stadt nach wie vor im wesentlichen durch die Gewerbesteuer bestimmt werden!

Dass Unternehmen steuerliche Schlupflöcher nutzen, um Gewerbesteuer nicht oder nur in vermindertem Umfang zahlen zu müssen, sollte mittlerweile jedem in diesem Hause bekannt sein.

Also stellen Sie sich bitte darauf ein, dass in den nächsten Jahren weitere Einbrüche bei der Gewerbesteuer verkräftet werden müssen. Da hilft kein noch so schöner Bericht der Wirtschaftsförderung, da helfen nur Taten.

Darum sind Sie, Herr Bürgermeister gefordert:

Verhindern Sie, dass ein maßgeblicher Gewerbesteuer-Zahler aus Langen vertrieben wird!

Machen Sie Ihren Einfluss in der Regionalversammlung geltend, damit auch die Firma Sehring in Langen eine Zukunft hat!

Sichern Sie für unsere Stadt Arbeitsplätze, Einnahmen aus Abgaben und Steuern und eine großzügige Unterstützung unserer Vereine!

Gehen Sie endlich dran an den Abbau des strukturellen Defizits!

Trauen Sie sich, auch unpopuläre Entscheidungen vorzuschlagen - wir werden alle Vorschläge unvoreingenommen prüfen!

Nur so bekommen wir wieder eine reelle Chance, im regionalen Wettbewerb.

Leider lassen alle Ihre bisherigen Äußerungen, und dazu zähle ich das Haushaltssicherungskonzept 2012, auch nicht den Hauch eines Richtungswechsels erkennen. Die CDU-Fraktion hat im Gegenteil den Eindruck, die Aufstellung des HSK stand unter dem ebenso simplen wie unangebrachten Motto „Weiter so!“

Es grenzt an Wirklichkeitsverlust , wenn unter Punkt 3 der Abhandlung zu lesen ist: „Die soziale, kulturelle und sportliche Infrastruktur der Stadt Langen in ihrer Gesamtheit und die Leistungsfähigkeit ihrer Verwaltung wird nicht in Frage gestellt. Sie zu erhalten ist unabdingbare Voraussetzung für den Erhalt und den Ausbau der Attraktivität der Stadt Langen, dies wiederum ist Voraussetzung für das erfolgreiche Bestehen im Wettbewerb der Kommunen um Ansiedlung von Menschen und Unternehmen und dies schafft die Grundlage für die Wiedergewinnung einer auskömmlichen Ertragskraft.“ Ende des Zitats.

Meine Damen und Herren, solche Sätze der Magistratsvorlage sind tatsächlich nichts anderes als wohlklingende Phrasen.

Sie können nicht wirklich der Überzeugung sein, dass ein Unternehmen den Firmensitz nur wegen des Kultur- und Betreuungsangebotes nach Langen verlegt!

In der Realität zählen andere Faktoren mehr und darum müssen wir uns kümmern!

Ein definitiver Standortvorteil für Langen ist die geografische Lage und damit unsere Anbindung an das Autobahnnetz.

Jedoch besteht hier seit vielen Jahren ein Manko: die Verbindung der B486 ab der Kreuzung Wolfsgartenstraße an die A5. Dieses Verbindungsstück der Straße auszubauen, brächte eindeutige Verbesserungen für Langen: Schnelle Erreichbarkeit des Frankfurter Flughafens und der in Langen ansässigen Unternehmen. Gute Logistik bedeutet niedrige Kosten und Umweltschutz. Genau das ist eine ebenso klassische wie drängende Aufgabe für die Wirtschaftsförderung: ihr Bemühen auf einen schnellen Ausbau dieses Straßenstücks zu richten. Fragen Sie bei den Unternehmen, den großen und den kleinen, was die Mitarbeiter und die Geschäftsleitungen von dem jetzigen

Zustand dieser Straßenverbindung halten. Wir müssen auch in dieser Angelegenheit den Langener Unternehmen und den Firmen, die sich bei uns niederlassen wollen, eine Perspektive aufzeigen. Den Ausbau dieses Straßenteilstücks nachdrücklich zu fordern, gehört in das Portfolio der Wirtschaftsförderung und muss mit höchster Priorität vorangetrieben werden. Sie werden vermutlich antworten: Das geht nicht, es fällt nicht in unsere kommunale Zuständigkeit. Sie könnten aber in einer Interessenkoalition mit den Bürgermeistern der Städte Dreieich, Rödermark und Egelsbach gemeinschaftlich auf die entsprechenden Institutionen in Land und Bund gemeinsam einwirken. Die Bundes- und Landtagsabgeordneten unserer Wahlkreise werden Sie dabei unterstützen. Die Südumgehung Buchschlag wird nicht gebaut und auch deshalb sollten wir uns zum schnellen Handeln in Sachen Ausbau durchringen.

Mit der zügigen Realisierung dieses Projekts sichern Sie den Wirtschaftsstandort Langen und damit die Einnahmen der Stadt. Und nebenbei wäre es ein erfolgreiches Beispiel für interkommunale Zusammenarbeit.

Ein weiteres Feld mit akutem Handlungsbedarf zur Stärkung unserer Stadt ist die Entwicklung und Vermarktung neuer Baugebiete.

Vor dem Hintergrund einer deutlichen Steigerung der Wohnqualität müssen derlei Vorhaben an erfahrene Projektentwickler vergeben werden. Dies bringt für alle Seiten nur Vorteile.

Für die Stadt ergibt sich eine finanzielle Entlastung u. a. durch die Vorfinanzierung der Erschließungskosten durch den Entwickler.

Wir wollen Wohngebiete schaffen, die ökologisch vertretbar und ökonomisch attraktiv sind. Unsere südlichen Nachbarn machten und machen es vor, wie das funktioniert!

Aber dazu müssen wir in Langen zuerst bereit sein, mit Unternehmen, die sich auf die Entwicklung von Baugebieten verstehen, zu kooperieren.

Mit der Fortsetzung einer verdichteten Bebauung werden wir zwar den

Regierungspräsidenten zufrieden stellen, nicht aber den potentiellen Einkommensteuerzahler, dem wir eine attraktive Wohnbebauung anbieten müssen. Denn wenn die Einkommenssteuer auch noch wegbricht, was bleibt denn dann noch übrig?

Sie, Herr Bürgermeister, haben in Ihrer Einführungsrede am 1.9.2011 die vor einem Jahr beschlossenen Maßnahmen „massive Einsparungen und teils kräftige Erhöhungen“ genannt. Mit der Bezeichnung „kräftige Erhöhungen“ meinten Sie u. a. die Grundsteuer B und die Kita-Gebühren. Beides Punkte, auf die es sich lohnt einzugehen.

Wer die Grundsteuer B als die gerechteste Steuer bezeichnet, der verhöhnt die Menschen, die als Unternehmer, als Eigentümer oder als Mieter diese Steuerlast zu tragen haben.

Die erneute, drastische Anhebung der Grundsteuer B um 100 Punkte ist in mehrfacher Hinsicht kontraproduktiv für die wirtschaftliche Entwicklung Langens. Sie bewirkt exakt das Gegenteil von dem, was Langen dringend braucht. Sie mindert die Kaufkraft, verteuert die Gewerbeflächen und sie treibt die Mietnebenkosten in die Höhe.

Diese Anhebung ist vor allem ein Ausdruck der Hilflosigkeit, verbunden mit einer abschreckenden Signalwirkung. Jeder, der Wohnraum braucht, sieht sich auch die Nebenkosten an. Er wird dort hinzuziehen, wo die Nebenkosten bezahlbar sind.

Kommen wir zu den Investitionen, die Sie, Herr Bürgermeister, als unabdingbar bezeichnen.

Dazu zählen Sie die IT-Investitionen und auch die Stadtumbauprojekte „Stadtmitte“ und „Gewerbe“.

Die CDU-Fraktion ist durchaus der Überzeugung, dass ein Umbau im mittleren und oberen Teil der Bahnstraße wünschenswert wäre. Wir haben mit viel Geduld und aktiver Beteiligung an den Sitzungen der Lenkungsgruppen teilgenommen. Der erste Schritt zum Stadtumbau erfolgte bereits im Jahr 2006 mit dem Erarbeiten eines „Integrierten Handlungskonzeptes zur gesamtstädtischen Entwicklung“. Im April 2007 wurden die Mitglieder der Lenkungsgruppe „Stadtumbau“ zu der ersten Sitzung eingeladen. Damals sind wir von einer Zeitspanne von 10 bis 15 Jahren für den gesamten Umbauprozess ausgegangen. Allerdings fanden die Antragstellung und die sich anschließende Beratung von WIE und WO vor dem Hintergrund einer anderen Einnahmesituation statt.

Jetzt wiederhole ich mich noch einmal: Noch im Jahr 2008 hatten wir einen Ertrag von ca. 38. Mio. Euro aus der Gewerbesteuer, der uns in die Lage versetzte, einen Stadtumbau zu planen. Mittlerweile sind wir bei ca. einem Drittel, d. h. 13. Mio. Euro, und müssen unser Planen und Handeln an diese geänderte Wirklichkeit anpassen.

Die Frage muss daher lauten: Ist der Umbau der Bahnstraße oder auch nur der des Lutherplatzes zum jetzigen Zeitpunkt zwingend notwendig? Wir sagen "nein". Wir sind der Überzeugung, dass nur die unvermeidbaren Ausgaben und notwendigsten Investitionen getätigt werden sollten, und dazu gehören weder der Umbau der Romo-Long-Eaton Anlage, noch der der oberen Bahnstraße oder der des Lutherplatzes. Deshalb sind Veranstaltungen mit dem Ziel, die Umgestaltung voranzutreiben, derzeit überflüssig und frustrierend zugleich.

Und genau deshalb hat die CDU-Fraktion den Antrag zum Stadtumbau „Stadtmitte“ gestellt, mit dem Ziel, die vorgesehenen Gelder vorerst zu sperren

08.12.2011

Ich komme auf die anderen Sparvorschläge der CDU-Fraktion zurück. Eine mutigere, unvoreingenommene Bewertung unserer Anträge in der Stellungnahme des Magistrates hätte eine richtungsweisende Wirkung gehabt. Es wäre das Bestreben erkennbar geworden, das strukturelle Defizit zu mindern. Mit der Strategie „Schlimmeres verhindern zu wollen“ wäre es möglich gewesen, den Bürgern Langens auch unpopuläre Entscheidungen zu vermitteln.

Fast jede Stellungnahme des Magistrates zu unseren Anträgen zeigt aber das genaue Gegenteil. Sie geben uns mit wenigen Ausnahmen zu verstehen, dass die von uns gestellten Anträge und die daraus resultierenden Folgen für Sie inakzeptabel sind. Die Begründung, warum es nicht geht, liest sich dann so, als ob der Untergang des Abendlandes bevorstünde, wenn uns gelingen sollte z. B. das IT-Budget oder das Budget des internen Service auf dem Vorjahresniveau zu halten.

FAZIT: Aus Sicht des Magistrats geht alles nicht, was die CDU-Fraktion vorschlägt!

Wie aber sieht Ihre Alternative aus:

Auf der Ausgabenseite wird erhöht und dafür heben wir mal eben die Grundsteuer B um 100 Punkte an. Mit diesem Beschluss werden Sie das strukturelle Defizit nicht abbauen; das Gegenteil wird der Fall sein. Potentielle Neubürger werden so abgeschreckt!

Die Bürger unserer Stadt sind bereits jetzt reichlich mit Abgaben jeglicher Art belastet und erwarten zu Recht aus dem Rathaus kreative und vor allem wirksame Ideen.

Grundsätzlich gilt ja das Verursacherprinzip für alle Dienstleistungsbereiche

08.12.2011

der Stadt. Danach muss jeder Nutzer einer städtischen Leistung ganz selbstverständlich auch an deren Kosten angemessen beteiligt werden. Das kann doch nur bedeuten, dass auf der Kostenseite strengste Disziplin herrschen muss - oder wollen Sie die Gebühren immer weiter erhöhen?

Der Fehlbedarf 2012 steigt auf rund 15 Mio. Euro und wird sich auch bei optimistischer Prognose in den nächsten Jahren nicht nachhaltig verringern. Wenn wir jetzt nicht entschieden gegensteuern, werden wir uns demnächst in der Gesellschaft der armen Gemeinden wieder finden. Es tröstet vielleicht den Kranken, der sich in guter Gesellschaft glaubt, wenn andere ebenfalls krank sind. Unsere Stadtkasse rettet das nicht.

Nicht ersparen kann ich Ihnen, Herr Bürgermeister, unsere Kritik an der ausufernden Aufnahme von Kassenkrediten.

Der Bund der Steuerzahler kommt in seiner Pressemitteilung vom Juli 2011 zu dem folgenden Schluss:

„Der Bund der Steuerzahler räumt ein, dass der hohe Anteil der Kassenkredite auch damit zusammenhängt, dass für kurzfristige Kredite derzeit relativ niedrige Zinsen gezahlt werden müssen. Da aber für Kassenkredite die Zustimmung der Aufsichtsbehörde nicht erforderlich ist, sei man auf kurzfristige Finanzierung ausgewichen. Das wahre Ausmaß der Verschuldung wird dadurch verschleiert. Deshalb fordert der Bund der Steuerzahler eine Änderung in der Kommunalverfassung, wonach Kassenkredite wie früher wieder genehmigt und darüber hinaus in ihrer Höhe begrenzt werden sollten.“
Ende des Zitats.

Ihnen, Herr Bürgermeister, fehlen die Kraft und der Mut, Entscheidungen zu vertreten, die unbequem aber Ziel führend sind. Ihre Finanzpolitik konzentriert sich nach wie vor ausschließlich auf einen Aspekt: die Belastung der Bürger. Wunsch und Wille der CDU-Fraktion ist es, den nachfolgenden Generationen ein Langen zu hinterlassen, das nicht nur liebens- und lebenswert ist, sondern

08.12.2011

ihnen auch in den nächsten Jahrzehnten vor den Toren der Metropole Frankfurt Handlungs- und Gestaltungsfreiräume ermöglicht.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Gebhardt,
der vorgelegte Haushaltsentwurf 2012 lässt keine der Haushaltslage angemessene Struktur erkennen, die der dramatischen Entwicklung der städtischen Einnahmen gerecht wird.

Ich hatte Ihnen im letzten Jahr von dieser Stelle gesagt:

„Sehen Sie unsere Zustimmung zu Ihrem Haushaltssicherungskonzept und insbesondere der Anhebung der Abgaben als einen Vertrauensvorschuss an. Wir erwarten von Ihnen nicht nur, dass Sie uns in jedem Quartal des Jahres 2011 über die Liquiditätsentwicklung informieren, wir erwarten auch von Ihnen, dass Sie Ihre Aufmerksamkeit insbesondere der Stellenplanentwicklung widmen und uns nicht erst zu den Haushaltsberatungen Vorschläge unterbreiten, wie Sie die **Kostenexplosion im Personalbereich einzudämmen** gedenken. Wir erwarten von der Kämmerei einen **Tilgungsplan für die bisher aufgenommenen Kredite** und das Benennen eindeutiger Maßnahmen, die eine **Reduktion des bisherigen Kassenkreditrahmens** sicherstellen.“

Keine der drei Forderungen haben Sie auch nur annähernd erfüllt.

Sie haben unsere Zustimmung zum Haushalt 2011 nicht als Aufforderung und als Chance begriffen, aus eigener Kraft in der Haushaltspolitik der Stadt Langen eine Wende herbeizuführen.

Zusammengefasst kommen wir deshalb zum dem Schluss:

Der uns vorgelegte Vorschlag der Haushaltsatzung 2012 zeigt, dass Sie weitermachen wollen wie bisher. Obwohl die Einnahmen sinken, zögern Sie weiterhin, nachhaltig die Ausgaben zu reduzieren.

Diese Art des Wirtschaftens ist aus Sicht meiner Fraktion unverantwortlich.

Vor dem Hintergrund der sich dramatisch verschlechterten Zahlen auf der Einnahmeseite der Stadt müssten Sie den im September eingebrachten Haushaltsentwurf für 2012 zurücknehmen, um vor allem die Ausgabenseite zu überarbeiten.

Ihren jetzt vorgelegten Haushaltsentwurf 2012 lehnen wir ab.

Gerade in Zeiten einer unsicheren finanziellen Zukunft brauchen wir Menschen, die sich für Langen einsetzen. Deshalb danke ich im Namen der CDU-Fraktion allen, die sich im zu Ende gehenden Jahr in den verschiedenen Bereichen zum Wohle Langens engagiert haben:

Den Verantwortlichen in den Vereinen, Organisationen und Vereinigungen für ihren unermüdlichen ehrenamtlichen Einsatz zum Nutzen der Stadt und ihrer Bürger,

den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rathauses für ihre zuverlässige Arbeit.

Ihnen, meine Damen und Herren Stadtverordnete, und den Mitgliedern des Magistrates danke ich für die Zusammenarbeit.

Im Namen der CDU-Fraktion und auch ganz persönlich wünsche ich Ihnen und Ihren Angehörigen noch eine schöne Adventszeit, ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gesegnetes Neues Jahr!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.